



Quelle: Parlamentsdienste 3003 Bern

**Vorschau  
Wintersession 2020**

## Kontakt

Für weiterführende Informationen stehen Ihnen der Präsident, die Dossierverantwortlichen und die Kommunikationsverantwortliche jederzeit sehr gerne zur Verfügung.

Zögern Sie nicht, uns zu kontaktieren:



### Präsident

Adrian Wüthrich  
Tel. 031 370 21 17  
Mobile 079 287 04 93  
wuethrich@travailsuisse.ch



### Umwelt-, Steuer- und Aussenpolitik

Denis Torche  
Tel. 031 370 21 16  
Mobile 079 846 35 19  
torche@travailsuisse.ch



### Sozialpolitik

Thomas Bauer  
Tel. 031 370 21 11  
Mobile 077 421 60 04  
bauer@travailsuisse.ch



### Bildungspolitik

Bruno Weber-Gobet  
Tel. 031 370 21 01  
Mobile 079 348 71 67  
weber@travailsuisse.ch



### Gleichstellungspolitik

Valérie Borioli Sandoz  
Tel. 031 370 21 47  
Mobile 079 598 06 37  
borioli@travailsuisse.ch



### Kommunikation

Linda Rosenkranz  
Tel. 031 370 21 18  
Mobile 079 743 50 47  
rosenkranz@travailsuisse.ch



### Wirtschaftspolitik

Gabriel Fischer  
Tel. 031 370 21 11  
Mobile 076 412 30 53  
fischer@travailsuisse.ch

## Nationalrat

### Erste Woche

30.11. <sup>1</sup> Covid-19-Geschäftsmietengesetz (20.076).....	→ Ja .....	3
30.11. <sup>2</sup> Mo. Jans (Wüthrich). Seco-Stressmonitoring aktualisieren (19.3194).....	→ Ja .....	3
1.12. <sup>1</sup> Covid-19-Gesetz. Änderung (20.084).....	→ Ja .....	3
1.12. <sup>3</sup> Staatsrechnung 2019 (20.003). Voranschlag 2021 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2022–2024 (20.041). Voranschlag 2020. Nachtrag II (20.042).....	→ siehe Details ..	4
2.12. <sup>4</sup> Pa. Iv. Fraktion S. Kurzarbeitsentschädigung für tiefe und mittlere Einkommen bei lang andauernden Krisen erhöhen (20.417).....	→ Ja .....	4

### Zweite Woche

7.12. <sup>5</sup> Massnahmenpaket zugunsten der Medien (20.038).....	→ siehe Details ..	5
8.12. Soziale Sicherheit. Abkommen mit Bosnien und Herzegowina (20.047) .....	→ Ja .....	5
10.12. <sup>6</sup> Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2024 (Differenzen) (20.028).....	→ Ja .....	5

### Dritte Woche

14.12. <sup>7</sup> Po. Gysi. Care-Arbeit ins Zentrum rücken (19.3054).....	→ Ja .....	5
16.12. Ausländer- und Integrationsgesetz. Änderung (20.063).....	→ siehe Details ..	6
16.12. Mo. KVF-N. Private Reisebusbranche in der Existenzkrise. Dringend notwendige Härtefallregelung! (20.3934).....	→ Nein .....	6
16.12. Mo. SGK-N. Milderung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Epidemie für Unternehmen im Eventbereich (20.3935) .....	→ Ja .....	6
17.12. Mo. Ständerat (Dittli). Durch Automation Güter auf der Schiene effizienter transportieren (20.3221); Mo. Dittli. Bahngüterverkehr und Beitrag zur Senkung des CO <sub>2</sub> -Ausstosses (20.3222); Mo. Ständerat (Herzog Eva). Förderung des Gütertransports auf dem Rhein (20.3286).....	→ Ja .....	6
17.12. Pa. Iv. WBK-N. Lohngleichheit. Übermittlung der Analyseergebnisse an den Bund (20.400).....	→ Ja .....	7
17.12. Pa. Iv. Liberale Fraktion. Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen (09.503) .....	→ Nein .....	7
17.12. <sup>8</sup> Mo. Walliser. Steuerfreie Kinderzulagen (19.3027).....	→ Nein .....	7
17.12. <sup>8</sup> Mo. (Egger Thomas) Gmür Alois. Verwendung nichtbudgetierter Überschüsse des Bundes (19.3085) .....	→ Ja .....	7
18.12. Pa. Iv. Meier-Schatz – Betreuungszulage für pflegende Angehörige (11.411); Pa. Iv. Meier-Schatz. Rahmenbedingungen für die Entlastung von pflegenden Angehörigen (11.412).....	→ siehe Details ..	8

<sup>1</sup> Im Ständerat am 2. Dezember 2020.

<sup>2</sup> Vorstösse aus dem WBF (weiter am 10. Dezember 2020).

<sup>3</sup> Fortsetzung am 2. und 3. Dezember 2020; (gemeinsame Behandlung am 7. und evtl. 10. und 17. Dezember im Ständerat.

<sup>4</sup> Parlamentarische Initiativen (weiter am 3., 8., 9., 10., 15., 16. und 17. Dezember 2020).

<sup>5</sup> Im Ständerat am 8. Dezember 2020.

<sup>6</sup> Im Ständerat am 14. Dezember 2020.

<sup>7</sup> Parlamentarische Vorstösse aus dem EDI.

<sup>8</sup> Parlamentarische Vorstösse des EFD.

## Ständerat

### Erste Woche

- 30.11. Geschäft des Bundesrates. Erwerbsersatzgesetz. Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen (18.092) ..... → Ja ..... 9
- 2.12. Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise. Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag (19.037) ..... → Ja ..... 9
- 2.12. Zolltarifgesetz. Änderung (Aufhebung der Industriezölle) (19.076) ..... → Nein ..... 9

### Zweite Woche

- 9.12. Mo. WBK-N. Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020. Überdenken der Umsetzung (20.3917) ..... → Ja ..... 9

### Dritte Woche

- 15.12. Mo. Germann. Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz (19.3033) ..... → Ja ..... 10

### Folgende Geschäfte werden zuerst im Nationalrat behandelt (siehe Programm Nationalrat):

- 30.11. Covid-19-Geschäftsmietengesetz (20.076)
- 1.12. Staatsrechnung 2019 (20.003). Voranschlag 2021 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2022–2024 (20.041). Voranschlag 2020. Nachtrag II (20.042)
- 7.12. Massnahmenpaket zugunsten der Medien (20.038)
- 10.12. Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2024 (Differenzen) (20.02)

## Nationalrat

**Montag, 30. November 2020** (im Ständerat am 2. Dezember 2020)

**Covid-19-Geschäftsmietengesetz (20.076):** Mit diesem Gesetz soll die Grundlage geschaffen werden, dass Betriebe, die während der Corona-Pandemie aufgrund der Massnahmen des Bundes schliessen mussten, für diesen Zeitraum nur einen Teil der Geschäftsmieten bezahlen müssen. Für Travail.Suisse haben der Erhalt der Arbeitsplätze und der Schutz von Einkommen und Kaufkraft höchste Priorität. Gerade in den Bereichen der Gastronomie und des Detailhandels sind viele Betriebe aufgrund von Umsatzrückgängen in existenziellen Schwierigkeiten. Dabei stellen gerade die Fixkosten eine grosse Belastung dar und dabei sind die Geschäftsmieten entscheidend. Im Sinne einer Opfersymmetrie und als Prävention gegen vorschnelle Konkurse und den unnötigen Verlust von Arbeitsplätzen ist eine temporäre, teilweise Reduktion der Geschäftsmieten ein wichtiger Beitrag.

→ Travail.Suisse empfiehlt dieses Gesetz zur Annahme.

**Montag, 30. November 2020 / Parlamentarische Vorstösse aus dem WBF**

(weiter am 10. Dezember 2020)

**Mo. Jans (Wüthrich). Seco-Stressmonitoring aktualisieren (19.3194):** Diese Motion verlangt die Ausarbeitung einer Studie zum Thema Stress mit aktuellen Daten. Das SECO hat in den Jahren 2000 und 2010 je eine gross angelegte Stressstudie publiziert. Dabei hat sich eine Zunahme des Stresses um rund 30 Prozent gezeigt und die volkswirtschaftlichen Kosten des Stresses im gleichen Zeitraum sind von rund 4 Milliarden auf rund 10 Milliarden Franken gestiegen. Aus dem Barometer Gute Arbeit von Travail.Suisse ist bekannt, dass rund 40 Prozent der Arbeitnehmenden durch ihre Arbeit oft oder sehr häufig gestresst sind, wobei sich in den letzten Jahren in der Tendenz der Anteil der sehr häufig Gestressten erhöht hat. Ein regelmässiges Stressmonitoring ist wünschenswert um einerseits Veränderungen durch den wirtschaftlichen Strukturwandel infolge der Digitalisierung frühzeitig wahrzunehmen und andererseits den Gesundheitsschutz für die Arbeitnehmenden sicherzustellen und über eine Basis für die politischen Diskussionen zu einer zunehmenden Flexibilisierung in der Arbeitswelt zu verfügen.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Annahme.

**Dienstag, 1. Dezember 2020** (im Ständerat am 2. Dezember 2020)

**Covid-19-Gesetz. Änderung (20.084):** Mit den Änderungen des Covid-19-Gesetzes soll auf die rascher und heftiger eintreffende zweite Welle der Pandemie reagiert werden. Die Änderung sieht vor, die Härtefallregelung zu stärken und die Kurzarbeit erneut zu erleichtern und auszudehnen. Mit der Härtefallregelung können Unternehmen finanziell unterstützt werden, die besonders stark unter den Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie leiden. Mit den Änderungen im Bereich der Kurzarbeit soll der Geltungsbereich ausgeweitet und die Anwendung vereinfacht werden. Für Travail.Suisse haben der Erhalt der Arbeitsplätze und der Schutz der Einkommen und der Kaufkraft höchste Priorität. Entsprechend unterstützen wir die Änderungen des Covid-19-Gesetzes und dabei explizit die Bereitstellung von 1 Mrd. Franken für die Härtefallmassnahmen und die Ausweitung der Kurzarbeit auf befristet Angestellte und Lernende.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Änderungen des Covid-19-Gesetzes zur Annahme.

**Dienstag, 1. Dezember 2020** (Fortsetzung am 2. und 3. Dezember 2020)  
(gemeinsame Behandlung im Ständerat am 7. und evtl. 10./17. Dezember 2020)

**Staatsrechnung 2019 (20.003). Voranschlag 2021 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2022–2024 (20.041). Voranschlag 2020. Nachtrag II (20.042):** Der Bundeshaushalt schliesst das Jahr 2019 mit einem ordentlichen Überschuss von 3,1 Milliarden ab. Budgetiert waren 1,2 Milliarden. Das bessere Ergebnis ist gleichermassen auf höhere Einnahmen und tiefere Ausgaben zurückzuführen. Zusammen mit den ausserordentlichen Einnahmen resultiert ein Finanzierungsergebnis von 3,6 Milliarden. Einmal mehr fällt die Rechnung deutlich besser aus budgetiert.

- Travail.Suisse schlägt vor, den Zahlungsrahmen im Voranschlag automatisch um den Betrag der nicht verwendeten Kreditanteile zu erhöhen. So könnte mehr in die grundlegenden Aufgaben investiert werden (öffentliche Infrastrukturen, Bildung, Energiewende usw.).

Der Voranschlag 2021 des Bundes weist Einnahmen von 75,793 Milliarden Franken und Ausgaben von rund 78,266 Milliarden Franken aus, was zu einem ordentlichen Finanzierungsdefizit von 2,472 Milliarden Franken führt. Die Finanzkommission des Nationalrates (FK-N) beantragt im Voranschlag 2021 des Bundes um 231 Millionen Franken höhere Ausgaben als der Bundesrat. Den Grossteil umfasst ein Kredit von 200 Millionen Franken für kantonale Härtefallmassnahmen. In Anbetracht der sehr heftigen zweiten Welle der COVID-19-Pandemie und der Wiedereinführung von Teillockdowns ist klar, dass die Mittel beim Bund (aber auch bei den Kantonen) deutlich aufgestockt werden müssen, um die vielen Unternehmen und Branchen sowie den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Die Bundesfinanzen lassen dies ganz klar zu, und wenn diese Mittel nicht umgehend bereitgestellt werden, wirkt sich das später durch den zusätzlichen Einbruch der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes mit einem Bumerangetteffekt auf den Staatshaushalt aus. Die Finanzlage des Bundes ist im Übrigen immer noch so gut, dass jegliche Angriffe auf die Löhne des Bundespersonals abgewehrt werden können.

- Travail.Suisse empfiehlt ein um mindestens 1 Milliarde höheres Defizit, um die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu bewahren und Konkurse und unnötige Kündigungen zu verhindern, die der gesamten Gesellschaft schaden würden.

Der Nachtrag II zum Voranschlag ist im Kampf gegen die COVID-19-Pandemie unerlässlich.

- Travail.Suisse empfiehlt den Nachtrag II zum Voranschlag 2020 zur Annahme.

## **Mittwoch, 2. Dezember 2020 / Parlamentarische Initiativen**

(weitere Daten: 3., 8., 9., 10., 15., 16., 17. Dezember 2020)

**Pa. Iv. Fraktion S. Kurzarbeitsentschädigung für tiefe und mittlere Einkommen bei lang andauernden Krisen erhöhen (20.417):** Die parlamentarische Initiative verlangt eine Erhöhung der Kurzarbeitsentschädigung auf 100 Prozent des anrechenbaren Verdienstaufalles ab dem 61. Tag Kurzarbeit und für Löhne tiefer als der schweizerische Medianlohn. Die Kurzarbeit ist ein sehr wichtiges Instrument zur Sicherung der Arbeitsplätze in wirtschaftlichen Krisen. Entsprechend sinnvoll ist es die Kurzarbeit in der jetzigen Corona-Pandemie auszuweiten. Während des ersten Lockdowns befanden sich mehr als ein Drittel der Arbeitnehmenden in Kurzarbeit und ein sprunghaftes Ansteigen der Arbeitslosenzahlen konnte vermieden werden. Ein Wegfallen von 20 Prozent des Einkommens in Kurzarbeit stellt aber gerade für Arbeitnehmende mit tiefen Löhnen eine existenzielle Herausforderung dar. So beträgt die Kurzarbeitsentschädigung für einen Mindestlohn mit EBA-Berufsausbildung im Gastgewerbe noch 3028 Franken pro Monat, wobei das Trinkgeld zusätzlich wegfällt. Ein Einkommensverlust durch Kurzarbeit bei tieferen Einkommen schwächt die Kaufkraft, führt zu Konsumverzicht und droht so die wirtschaftliche Krise zu verstärken und zu verlängern. Eine Erhöhung der Kurzarbeitsentschädigung für tiefe Einkommen bei längerer Kurzarbeit macht aus individueller wie volkswirtschaftlicher Perspektive Sinn.

- Travail.Suisse empfiehlt diese parlamentarische Initiative zur Annahme.

**Montag, 7. Dezember 2020** (im Ständerat am 8. Dezember 2020)

**Massnahmenpaket zugunsten der Medien (20.038):** Die Medien sind für unsere direkte Demokratie von zentraler Bedeutung. Sie informieren die Bevölkerung und ermöglichen dadurch wichtige Debatten. Das ist eine Aufgabe des Service public. Sinkende Erträge machen ihnen jedoch zu schaffen. Um die Rahmenbedingungen für die Medien zu verbessern und ein vielfältiges Angebot in den Regionen zu fördern, hat der Bundesrat beschlossen, die Medien mit einem Massnahmenpaket zu unterstützen. Travail.Suisse unterstützt die indirekte Hilfe für die Presse und die Onlinemedien.

→ Travail.Suisse empfiehlt, das Massnahmenpaket nicht aufzuteilen, damit die Hilfe auch den Onlinemedien zugutekommen kann.

**Dienstag, 8. Dezember 2020**

**Soziale Sicherheit. Abkommen mit Bosnien und Herzegowina (20.047):** Bis heute werden die Beziehungen im Bereich der sozialen Sicherheit mit Bosnien und Herzegowina durch ein Abkommen mit dem ehemaligen Jugoslawien aus dem Jahr 1962 geregelt. Inhaltlich orientiert sich das neue Abkommen an den bereits mit den anderen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens abgeschlossenen Abkommen. Der Abschluss eines Sozialversicherungsabkommens ist eine Voraussetzung dafür, dass die Auszahlung von Leistungen – vor allem aus der AHV - nach Bosnien und Herzegowina erfolgen kann. Arbeitnehmenden, welche sich diese Leistungen in der Schweiz erarbeitet haben, sollen bei einer Rückkehr keine Hindernisse in den Weg gelegt werden.

→ Travail.Suisse empfiehlt eine Zustimmung zum Abkommen

**Donnerstag, 10. Dezember 2020** (im Ständerat am 14. Dezember 2020)

**Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2024 (Differenzen) (20.028):** Bundesbeschluss über die Finanzierung der Berufsbildung in den Jahren 2021–2024. Über Art. 52.3a und 52.3b Berufsbildungsgesetz finanziert der Bund „Projekte zur Entwicklung der Berufsbildung und zur Qualitätsentwicklung“ (vgl. Art. 54 BBG) und Berufsbildungsprojekte „im öffentlichen Interesse“ (vgl. Art. 55 BBG). Auf dieser gesetzlichen Grundlage werden zum Beispiel Projekte zur Digitalisierung, Berufsmessen und die SwissSkills sowie auch Massnahmen zur Integration von Jugendlichen mit schulischen, sozialen oder sprachlichen Schwierigkeiten in die Berufsbildung etc. unterstützt. Auch der Förderschwerpunkt „Lehrstellen Covid-19“ der Task Force Perspektive Berufslehre wird mit diesen Geldern finanziert. Es ist zu befürchten, dass die Folgen der Corona-Krise noch in der gesamten BFI-Periode zu spüren sind.

→ Travail.Suisse empfiehlt, dem nationalrätlichen Antrag zu folgen und dem Verpflichtungskredit von 254,6 Millionen Franken zuzustimmen.

**Montag, 14. Dezember 2020 / Parlamentarische Vorstösse aus dem EDI**

**Po. Gysi. Care-Arbeit ins Zentrum rücken (19.3054):** Die meist von Frauen geleistete Care-Arbeit ist für die Gesellschaft von grosser Bedeutung. Wird die Care-Arbeit von Fachpersonen ausgeführt, meist von Frauen, wird diese unverzichtbare Arbeit unter schlechten Rahmenbedingungen und gegen ein geringes Entgelt erbracht. Unbezahlte Care-Arbeit wird von betreuenden Angehörigen geleistet, sehr häufig handelt es sich dabei ebenfalls um Frauen. Das Postulat fordert Massnahmen, wie die bezahlte Care-Arbeit besser entlohnt werden kann und wie die unbezahlte Care-Arbeit in den Sozialversicherungen, namentlich in der beruflichen Vorsorge, besser berücksichtigt werden kann.

→ Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.

**Mittwoch, 16. Dezember 2020**

**Ausländer- und Integrationsgesetz. Änderung (20.063):** Eine Botschaft zur Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes sieht vor, dass vorläufig aufgenommene Personen künftig den Kanton wechseln können, wenn sie im neuen Kanton eine Stelle haben oder eine längere berufliche Ausbildung absolvieren und keine Sozialhilfe beziehen. Diese Änderung ist zu begrüssen, damit einige Hindernisse für die Integration auf dem Arbeitsmarkt wegfallen. Allerdings ist Travail.Suisse der Meinung, dass die neue Regelung hinsichtlich Reisen in andere Länder als ihr Heimatland für vorläufig Aufgenommene zu streng ist. Sie könnte die Freiheit, sich zu bewegen, sowie das Familienleben der betreffenden Personen beeinträchtigen.

→ Travail.Suisse empfiehlt dem Nationalrat, die Änderungen anzunehmen, die die Integration auf dem Arbeitsmarkt fördern. Allerdings ist die zu strenge Regelung des Bundesrates für Reisen in andere Länder als das Heimatland zu lockern.

**Mo. KVF-N. Private Reisebusbranche in der Existenzkrise. Dringend notwendige Härtefallregelung!**

**(20.3934):** Die Motion verlangt analog zum öffentlichen Verkehr eine spezielle Unterstützung für die private Reisebusbranche. Es ist unbestritten, dass auch die private Reisebusbranche stark unter der Corona-Pandemie und den Massnahmen zu deren Eindämmung leiden. Dies trifft aber auch auf eine Vielzahl weiterer Branchen zu. Für Travail.Suisse haben der Erhalt der Arbeitsplätze und der Schutz der Einkommen und der Kaufkraft höchste Priorität. Die private Reisebusbranche soll deshalb von den bisherigen Massnahmen (Ausdehnung Kurzarbeit, Corona-Erwerbssersatz und Covid-Kredite) Gebrauch machen und auch bei den neu einzuführenden Härtefallregelungen zum Zuge kommen. Eine spezifische Massnahme ist aber nicht gerechtfertigt, da die private Reisebusbranche nicht im gleichen Mass wie der öffentliche Verkehr zur Grundversorgung beiträgt.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Ablehnung.

**Mo. SGK-N. Milderung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Epidemie für Unternehmen im**

**Eventbereich (20.3935):** Die Motion verlangt die Milderung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Epidemie für Unternehmen im Eventbereich. Es ist unbestritten, dass die Event- und Veranstaltungsbranche stark unter der Corona-Pandemie und den Massnahmen zu deren Eindämmung leidet. Für Travail.Suisse haben der Erhalt der Arbeitsplätze und der Schutz der Einkommen und der Kaufkraft höchste Priorität. Entsprechend unterstützen wir neben den bisherigen Massnahmen (Ausdehnung Kurzarbeit, Corona-Erwerbssersatz und Covid-Kredite) explizit auch die neu einzuführende Massnahme der Härtefallregelung. Gerade auch die Event- und Veranstaltungsbranche sollte mit diesen Härtefallregelungen unterstützt werden. Entscheidend wird sein, genügend finanzielle Mittel für diese Härtefälle bereit zu stellen, die Regelungen rasch möglichst umzusetzen und eine möglichst harmonisierte und effiziente Gesuchsprüfung durch die Kantone zu fördern.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Annahme.

**Donnerstag, 17. Dezember 2020**

**Mo. Ständerat (Dittli). Durch Automation Güter auf der Schiene effizienter transportieren (20.3221);**

**Mo. Dittli. Bahngüterverkehr und Beitrag zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses (20.3222) und Mo.**

**Ständerat (Herzog Eva). Förderung des Gütertransports auf dem Rhein (20.3286):** Die Motionen Dittli (20.3221) und Herzog (20.3286) beauftragen den Bundesrat, dem Parlament ein Konzept für die Finanzierung und für die koordinierte Umsetzung technischer Neuerungen, die insbesondere eine Automatisierung der letzten Meile im Schienengüterverkehr ermöglichen, sowie eine Konzeption für die zukünftige Förderung des Gütertransports auf dem Rhein zu unterbreiten. Die Motion Dittli (20.3222) verlangt einen Massnahmenplan, der darlegt, mit welchen Massnahmen der Anteil von CO<sub>2</sub>-armen Transportformen am Güterverkehr gesteigert werden kann. Warentransporte auf der Schiene sowie auf dem Schiffsweg sind zu unterstützen, weil sie wenig CO<sub>2</sub> verursachen und echte Alternativen zum Strassentransport darstellen, der viel mehr Treibhausgasemissionen bewirkt.

→ Travail.Suisse empfiehlt dem Nationalrat, diese beiden Motionen anzunehmen.

**Pa. Iv. WBK-N. Lohngleichheit. Übermittlung der Analyseergebnisse an den Bund (20.400):** Seit dem 1. Juli 2020 sind Unternehmen ab 100 Mitarbeitenden gesetzlich verpflichtet, die Löhne hinsichtlich der Gleichstellung von Frau und Mann überprüfen zu lassen. Das revidierte Gleichstellungsgesetz sieht jedoch weder Kontrollen noch Sanktionen vor. Damit klar ist, ob diese Revision die angestrebten Ziele erreicht, müssen die erforderlichen Informationen vorliegen, d. h. das Ergebnis der vom Unternehmen durchgeführten Analyse. Die Unternehmen, die sich an das Gesetz halten, werden über diese Angaben verfügen. Deshalb ist es sinnvoll und notwendig, dass sie diese Daten an den Bund übermitteln. Dies führt zu keinem zusätzlichen administrativen Aufwand bei den Unternehmen und erlaubt es, die Wirkung des revidierten GIG zu überprüfen, wie dies vom Gesetzgeber vorgesehen ist.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese parlamentarische Initiative zur Annahme.

**Pa. Iv. Liberale Fraktion. Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen (09.503):**

Die parlamentarische Initiative sieht die Abschaffung sämtlicher Stempelsteuern vor. Die WAK-N hat zwei Vorentwürfe in die Vernehmlassung geschickt, die den zweiten Schritt in der Umsetzung der Initiative darstellen, die zu Steuerausfällen von 219 Millionen bzw. von 1786 Millionen Franken führen werden. Ein erster Entwurf, der bereits vom Nationalrat genehmigt wurde und bei der Kommission des Ständerates noch anhängig ist, betrifft die Aufhebung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Die Vorentwürfe 2 und 3 sehen vor, alle anderen Stempelsteuern (Umsatz- und Versicherungsabgabe) abzuschaffen. Travail.Suisse stellt sich kategorisch gegen jegliche Abschaffung von Stempelsteuern, da die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Finanzplatzes Schweiz – die bereits sehr gut war – seit Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung weiter gestiegen ist. Es wäre unverantwortlich, dem Bund in dieser schwierigen Zeit der Coronakrise über zwei Milliarden Franken vorzuenthalten. Ausserdem würden durch die Abschaffung der Stempelsteuern nur im Finanzsektor neue Stellen geschaffen und zweifellos insgesamt viel weniger Stellen als diejenigen, die im Service public wegen der neuen Budgetbeschränkungen gestrichen werden müssten. Die FK-N hat nur mit Stichentscheid ihres Präsidenten beschlossen, auf den Vorentwurf 2 einzutreten.

→ Travail.Suisse empfiehlt dem Nationalrat, seiner Kommission nicht zu folgen und nicht auf die Vorlage einzutreten. Es ist definitiv auf die Aufhebung der Stempelsteuer zu verzichten.

## Donnerstag, 17. Dezember 2020 / Parlamentarische Vorstösse des EFD

**Mo. Walliser. Steuerfreie Kinderzulagen (19.3027):** Die Motion beauftragt den Bundesrat, Artikel 17 des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) dahingehend zu ändern, dass Kinderzulagen nicht mehr steuerpflichtig sind. Diese Motion ist abzulehnen, da dies die Ungleichheit zwischen den Familien verschärfen würde (insbesondere die reichsten Familien würden davon profitieren). Es wäre besser, die Höhe der Familienzulagen regelmässig anzuheben, wenn man die Familien besser unterstützen will, als das Steuersystem zu diesem Zweck einzusetzen. Der Bundesrat lehnt diese Motion zu Recht ab.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Ablehnung.

**Mo. (Egger Thomas) Gmür Alois. Verwendung nichtbudgetierter Überschüsse des Bundes (19.3085):**

Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen zu unterbreiten, damit sie in Zukunft bei einem nichtbudgetierten, ausserordentlichen Überschuss im Bundeshaushalt mittels eines Bundesbeschlusses über die Verwendung dieses Überschusses entscheiden kann. Seit vielen Jahren stellen wir fest, dass die Rechnung besser abschliesst als budgetiert. Es wäre wirklich wünschenswert, dass die nichtbudgetierten Überschüsse für Ausgaben oder Investitionen eingesetzt werden könnten statt weiter für den Schuldenabbau.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Annahme.

Freitag, 18. Dezember 2020

**Pa. Iv. Meier-Schatz – Betreuungszulage für pflegende Angehörige (11.411); Pa. Iv. Meier-Schatz. Rahmenbedingungen für die Entlastung von pflegenden Angehörigen (11.412):** Diese beiden parlamentarischen Initiativen wurden bereits dreimal verlängert und müssen erneut verlängert und nicht abgeschlossen werden, da sie seit bald zehn Jahren nicht beantwortet worden sind. Weder die Betreuungszulagen noch die Entlastung von pflegenden Angehörigen wurden im Gesetz und den Massnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung berücksichtigt (19.027). Diese beiden Geschäfte befassen sich mit fortwährenden Problemen, und es besteht auf nationaler Ebene immer noch Handlungsbedarf.

→ Travail.Suisse empfiehlt, die Bearbeitungsfrist der beiden Vorstösse zu verlängern.

## Ständerat

**Montag, 30. November 2020**

**Geschäft des Bundesrates. Erwerbsersatzgesetz. Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen (18.092):** Der Entwurf für die länger dauernde Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen wird nun in der kleinen Kammer behandelt. Die nationalrätliche Kommission unterstützt die Vorschläge ihres Rates: Die Entschädigung bei erwerbstätigen Müttern, die in Ausnahmefällen einen Aufschub ihrer Mutterschaftsentschädigung beantragen, soll neu nach einem Spitalaufenthalt ihres Neugeborenen von zwei statt drei Wochen erfolgen dürfen, auch sollen Mütter keinen Nachweis zur Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit erbringen müssen. Travail.Suisse befürchtet, dass diese letzte Bestimmung nur eine weitere administrative Schikane für die Arbeitgeber ist, die auch die Mütter in einem schwierigen Moment ihrer Mutterschaft trifft. Ausserdem war die Frage der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit noch nie ausschlaggebend für die Begründung des Anspruchs auf Mutterschaftsentschädigung.

→ Travail.Suisse empfiehlt, die Vorschläge des Nationalrates und ihrer Kommission anzunehmen.

**Mittwoch, 2. Dezember 2020**

**Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise. Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag (19.037):** Der Schweiz-Zuschlag führt bei den Konsumgüterimporten zu einer Abschöpfung von geschätzten 15 Mrd. Franken pro Jahr. Diese Abschöpfung fehlt nicht nur den Arbeitnehmenden als Kaufkraft im Portemonnaie, sondern bleibt als ausserordentlicher Gewinn bei den Importeuren und den multinationalen Grosskonzernen hängen. Nach der gescheiterten Kartellgesetzesrevision hat Travail.Suisse diese Volksinitiative ideell unterstützt, um den Druck für eine Lösung aufrechtzuerhalten. Entsprechend positiv stellen wir uns zum vorgeschlagenen Gegenvorschlag. Entsprechend unterstützen wir die Mehrheit der Kommission beim Eintreten auf die Revision des Kartellgesetzes und den Änderungsanträgen in den Artikeln 4 und 7. Um auch das sogenannte Geoblocking zu adressieren und die Konsumenten im Online-Handel vor Schweiz-Zuschlägen zu schützen, empfehlen wir bei der Änderung des Artikels 3 des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb der Minderheit zu folgen.

→ Travail.Suisse empfiehlt die Änderungen des Kartellgesetzes und des UWG zur Annahme.

**Zolltarifgesetz. Änderung (Aufhebung der Industriezölle) (19.076):** Das Gesetz sieht die Aufhebung der Industriezölle vor, was die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern soll. Travail.Suisse ist der Ansicht, dass die Vorlage zu hohe Steuerausfälle (500 Millionen Franken) bewirkt und der Schweiz den Verhandlungsspielraum für Freihandelsabkommen nehmen würde. Der Nationalrat ist im Juni dieses Jahres nicht auf die Vorlage eingetreten. Der Ständerat hat die Vorlage im September 2020 allerdings erneut lanciert.

→ Travail.Suisse empfiehlt dem Ständerat, die Aufhebung der Industriezölle abzulehnen.

**Mittwoch, 9. Dezember 2020**

**Mo. WBK-N. Covid-19-Verordnung familienergänzende Kinderbetreuung vom 20. Mai 2020. Überdenken der Umsetzung (20.3917):** Die Verordnung vom 20. Mai 2020 will die wirtschaftlichen Folgen des Kampfes gegen die COVID-19-Pandemie bei der familienergänzenden Kinderbetreuung durch Institutionen begrenzen. Das Ziel muss in allen Kantonen gleichermassen erreicht werden. Doch die bisher getroffenen Massnahmen schliessen Institutionen aus, die vom Kanton oder von der Gemeinde Subventionen erhalten oder gar von der öffentlichen Hand betrieben werden. De facto werden die mehrheitlich von den lateinischen Kantonen getroffenen Vorkehrungen diskriminiert.

→ Travail.Suisse empfiehlt, die Kommissionsmotion anzunehmen.

**Dienstag, 15. Dezember 2020**

**Mo. Germann. Offensive zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz (19.3033):** Die Motion verlangt vom Bundesrat ein Revitalisierungspaket zur Steigerung der Standortattraktivität und zur Diversifizierung der Absatzmärkte. Dabei sollen insbesondere die staatlichen Rahmenbedingungen optimiert und die privaten Haushalte entlastet werden. Eine Stärkung des privaten Konsums durch eine Entlastung der Haushalte ist aus Sicht von Travail.Suisse eine effektive Konjunkturstütze und die Standortattraktivität entscheidend für wirtschaftliche Prosperität und den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen. In Zeiten von konjunktureller Eintrübung und zunehmendem Protektionismus im Welthandel, sind eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes und eine Intensivierung der handelspolitischen Aktivitäten zu unterstützen.

→ Travail.Suisse empfiehlt diese Motion zur Annahme.